

Überchlesische Zeitung

Sonntagnummer 4000 M.

Das Volksblatt für Stadt und Land

Einzelnummer 5300 M

Druckverlag: Druckerei Trebbin, Ausgabe A mit illustrierter Zeitschrift 72000 Mark, Ausgabe B ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe C ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe D ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe E ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe F ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe G ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe H ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe I ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe J ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe K ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe L ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe M ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe N ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe O ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe P ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe Q ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe R ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe S ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe T ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe U ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe V ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe W ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe X ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe Y ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark, Ausgabe Z ohne illustrierter Zeitschrift monatlich 75000 Mark.

Reaktion-Zentrum
Deutzen 459

Pro fide
et patria

Geschäftsstellen-Zentrum
Deutzen 56

Reaktion und Geschäftsstellen-Zentrum O.C. Pflanzstraße 9, Jägerhorst
erhält im Jahre 2000, vergrößert durch Anteil von Deutzen eine Vergrößerung
bis zum Bezugs von 500.- Mark. Ein Redaktionspaar darauf besteht nicht.

Neueste Nachrichten.

Der Verein der Stützmittelgroßhändler in der Provinz Oberhessen E. W. hat im Benehmen mit der Reichspräsidentenstelle in Doppel den Ausdruck auf 37 000 Mark für 1/2 Mio. gest. End als Lager des Großhändlers mit sofortiger Wirkung festgelegt.

Nach einer Meldung der „Wolff. Zig.“ droht die badische Vertriebskraft mit einem allgemeinen Beschäftigungsstreik, wenn ihren Forderungen nicht fruchtbar wird. Der Streik soll sich nicht nur auf die Kohlenindustrie, sondern auf die gesamte Bevölkerung erstrecken. Die Vertriebskraft haben an den Reichstag ein dahingehendes Telegramm geschickt.

Sämtliche Fraktionen, außer den Kommunisten haben im Reichstage den Antrag gestellt, fünfzig Millionen im Einzelnenwert von einer Million Mark auszugeben zu lassen. Begründet wird der Antrag mit der Geldentwertung, die dafür geführt hat, daß bereits die letzten größeren Aluminiummünzen von 200 und 500 Mark als Zahlungsmittel nicht mehr in Frage kommen.

Unter Führung des Zentrumsvorsitzenden Dr. Scheiber ist von sämtlichen Fraktionen des Reichstages mit Ausnahme der Kommunisten dem Reichstage folgender Antrag unterbreitet worden: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu eruchen, die für die Notwendigkeit des Reichsnotstands beim Reichstag der Reichsregierung des Reichsnotstands eine Summe von 4 Milliarden Mark im Wege eines befristeten vorzulegenden Marktragsguthabens auf 900 Millionen zu erhöhen, beziehungsweise beschließen sonstige Maßnahmen zu treffen, um eine fruchtbarere Wirtschaft für die deutsche Wirtschaft zu gewährleisten.“ Weiter hat der Abgeordnete Scheiber mit Unterstützung der Zentrumsfraktion folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu eruchen, in eine erneute Prüfung der außerordentlichen Notlage der Selbstbehalteneinrichtungen der deutschen Wirtschaft einzutreten, durch Zusammenbruch droht und die hierfür bereits bewilligten Mittel zu erhöhen.“

Wie die Blätter aus Weisfel melden, erscheint heute eine Verordnung, die die Aufsicht von Kartellen betrifft. Nach dieses Gesetz steht in Zusammenhang mit dem Einlen des belagerten Grenzen auf dem internationalen Markt.

Wie die Blätter melden, ist gestern nachmittags 8 Uhr auf dem Bahnhofs Uruerd ein Schnellzug entgleist, 5 Wagen sprangen aus den Schienen, 4 Personen wurden leicht verletzt.

Wie die Morgenblätter mitteilen, ist das von der Reichsregierung beschlossene Statut für Memel der litauischen Regierung unterbreitet worden, die einen Monat Zeit hat, um ihre Zustimmung zu gewissen Vorbehalten zu erklären, von denen die Einberufung Memels in Litauen abhängt.

Der Spar-Ausschuß des Reichstages beschloß im Bereich der Reichsverwaltungsämter bis zum 1. Januar 1924 die Zahl der Angestellten bis auf 6000 gegenüber 13 000 am 1. Januar 1923 abzubauen.

Vom 15. August bis einschließlich 17. August beträgt das Goldbalkaufgeld 42 679 000 Prozent.

Als erste Folge der zu Gunsten der Verbesserung von lebenswichtigen Gütern angeforderten Einfuhrerleichterungen im Personenverkehr werden die Schnellzüge für die Städte Berlin-München und Berlin-Witten-Aachen.

Die Eheverhältnisse der Berliner städtischen Elektrizitätswerke traten gestern vormittag in die passive Phase, weil die von ihnen geforderte, sofortige Auszahlung des erst morgigen fälligen Lohnes nicht bewilligt werden konnte. Ein großer Teil der Arbeiter, besonders die Parteimitglieder der Dberpartei und Sozialisten, sind bereits streikend, da der aus Göttinger Fernstrom nicht für die normale Stromerzeugung Berlin ausreicht. Eine Anzahl Betriebe müßten wegen Strommangels schließen.

Ein Ruhr-Kinder-Transport, welcher gestern von Bochum über Kettling nach der Insel Helgoland abgehen sollte, wurde an der Dattinger-Bucht von der französischen Besatzungsbehörde zurückgewiesen.

Der Appell des Zentrums an Regierung u. Nation.

Die Erklärung der Zentrumsfraktion im Reichstage.

Namens der Zentrumsfraktion des Reichstages ad deren Vorsitzender, der Abgeordnete Marx, gelegentlich der großen politischen Debatte im Reichstage eine von höchstem Verantwortlichkeitsgefühl für den Ernst und die Notwendigkeit der Stunde getragene Erklärung ab, die auch im ganzen Laufe einer tiefen Eindruck machte und folgenden Wortlaut hat:

„Die Zentrumsfraktion hat in eingehender Ansprache die gegenwärtige außenpolitische und innenpolitische Lage geprüft und mich beauftragt, folgendes zu erklären:

Der Druck der noch immer ungeklärten außenpolitischen Spannung, der fache Zusammenbruch unserer Währung, Feuerung und Lebensmittelmangel haben im Lande einen Zustand geschaffen, wie er in der Geschichte der Menschheit noch nicht bezeugt hat. Verhinderung und Entmutigung hat sich breiter Kreise bemächtigt. Wir laufen Gefahr, der allgemeinen Verwirrung, dem Kampf aller gegen alle, der Auflösung zu verfallen, wenn nicht umgehend alle verfügbaren Kräfte der Nation zu einem großen Rettungswort zusammengefaßt werden.

Schmerzliche Erfahrungen der letzten Vergangenheit lehren uns, daß das deutsche Volk auf sich allein angewiesen ist und kein Heil nur vom restlosen Einlen seiner eigenen Kräfte erwarten kann. Die Stunde fordert eine solche Zusammenfassung. Wir glauben, daß sie gelingen wird, wenn der Wille überall gewollt und ohne Selbstverleugung zur Tat eingeleitet wird. Die Zentrumsfraktion ist der Überzeugung, daß nach ausichtsreicher Möglichkeiten für die Sicherung der Existenz des deutschen Volkes und die Weiterführung einer vollen und staats-erhaltenden Politik gegeben sind. Es wird darauf ankommen, diese Möglichkeiten energig und unjähig auszunutzen. Dazu ist erforderlich: 1. Die unverzüglich Anfertigung eines ausreichenden Goldguthabens, dessen Zweckbestimmung sein soll: Befreiung von Lebensmitteln und Verhütung unserer Währung, wobei jede Verwendung für nicht lebenswichtige Einfuhr ausgeschlossen sein muß. 2. Die Schaffung werdtätiger Anlagemöglichkeiten. 3. Ordnung des Reichshaushaltes durch Sparmaßnahmen und rücksichtslose Veranlassung aller vorhandenen finanziellen Kräfte. Dabei darf vor dem Eingriff in die Vermögensverhältnisse nicht zurückgeschreckt werden. Die Zentrumsfraktion ist unermüdlich, wenn nicht alles in Frage gestellt sein soll. Söder als wirtschaftliche Werte steht uns das Leben der Nation.

Die Zentrumsfraktion fordert von der Reichsregierung, daß sie unverzüglich die notwendigen Maßnahmen trifft. Wir erklären uns bereit, ihr die erforderlichen Vollmachten und Ermächtigungen zu geben, auf Grund deren das Ergebnis unter allen Umständen und rasch festgestellt wird.

Angesichts des außerordentlichen Ernstes unserer Lage kann es nicht mehr Sade der Regierung allein sein, Wege zu suchen und Mit-

tel vorzuschlagen. Der Reichstag selbst muß sich der Größe seiner Verantwortung voll bewußt sein. Die Rettung des Vaterlandes aus der tiefen Not darf nicht von Regierung und Parlament allein erwartet werden. Sie erfordern die vereinte Anstrengung des ganzen Volkes. Alle Opfer, die unter Volk sich erlegen muß, erscheinen geringfügig im Vergleich mit den Leiden, die die Bevölkerung der befestigten Gebiete mit ungebrochenem Sturmtaum trägt. Ihre Haltung ist ein leuchtendes Beispiel für uns alle. Wir verlassen es daher nicht, daß viele Kreise unseres Volkes diese Notwendigkeit noch nicht begriffen haben. Ohne entschlossene Mädelere zum Gemeinfin und zur maßhaltigen Hilfsbereitschaft, zur Arbeitsfreudigkeit und Scharfheit, zum Verzicht auf Verschwendung und Veranlagung würde alles Bemühen vergeblich sein.

Die außenpolitische Lage ist dunkel und schwer. Und doch sind wir fern davon, in Verzweiflung die Hände sinken zu lassen. Was uns aurdreht erhält, das ist der Glaube an Recht und Gerechtigkeit, das Vertrauen auf die besten Kräfte, die unserm Volke inne sind.

Wir geben den Gedanken der Verständigung nicht auf und betonen nach wie vor den ehrliden Willen zum endlichen Frieden, den nicht nur das deutsche Volk braucht, sondern auf den das ganze schwer leidende Europa wartet.“

Zur Tat.

Die Erklärung der Zentrumsfraktion im Reichstage ist ein Dokument von außerordentlicher Bedeutung. Sie ist ein Appell an das Volk, ein Appell an die Tat. Das Zentrum weist praktische Wege nach innen und nach außen, es fordert einen ausreichenden Goldguthab, der für die Befreiung von Lebensmitteln, aber auch zur Verhütung unserer Währung benutzt werden soll, selbst aber dabei die Bedingung, daß nicht die der Not des Volkes sprengende Einfuhr von Luxuswaren etwa begünstigt wird. Das Zentrum will auch die Wege zur Ordnung im Staatshaushalt, und es spricht dabei die Forderung aus, daß auch vor einem Eingriff in die Vermögensverhältnisse nicht zurückgeschreckt werden darf. Es geht um das Leben der ganzen Nation, und in dieser Stunde kann und darf kein Opfer gering sein. Noch brauchen wir nicht zu verzweifeln, noch gibt es ausichtsreiche Möglichkeiten für die Sicherung der Existenz des deutschen Volkes. Aber nur dann, wenn wir diese Möglichkeiten uns in weitestem Umfange und in entschlossener Tat zunutze machen, werden wir das fürchterliche Überwunden, das uns jetzt bevorsteht. Das Zentrum läßt aber auch jetzt keine Zweifel darüber, daß es die Hoffnung an den Sieg des Rechtes und der Gerechtigkeit noch nicht aufgegeben hat. Aber es läßt auch keine Zweifel mehr darüber, daß der Regierung allein die Führung nicht mehr überlassen bleiben darf, sondern daß das Parlament und das Volk alle Kraft zu dieser Tat zusammenzufassen muß.

England - uninteressiert.

London, 9. August. Wie Reuters (das amtliche Pressebüro. Red.) hört, wird die Erklärung des Reichsanzlers Dr. Cuno, daß Deutschland von England nichts erwarte, in maßgebenden Kreisen Londons begrüßt. Es wird betont, daß es völlig verständlich wäre, anzunehmen, daß England Deutschland aus dem von ihm selbst herangezogenen Wirtschaft (1) herauszuheben wünsche. Andererseits ist England nicht geneigt, Deutschland bedingungslos den Recht zu den positiven Widerstand anzuerkennen. Die britische Regierung ist an der Unbefreiung gänzlich unbedarft und kann deshalb nicht einseitig Stellung nehmen. Auch nicht an der Seite der Alliierten. Wie verlaute, stehen keinerlei englisch-deutsche Unterhandlungen in unmittelbarer Aussicht. Inoffiziell ist es nicht richtig, zu sagen, daß die Möglichkeit einer Sonderunterhandlung gänzlich außer Frage setze, wenn auch die britische Regierung zurück nicht die Pflicht hege, irgend etwas zu unternehmen, was die englisch-französischen Beziehungen noch weiter trüben würde. Die

Die wertbeständige Anleihe.

Berlin, 9. August. Am kommenden Sonntag wird in der gelamten deutschen Tagespresse eine Aufforderung zur Zeichnung auf die wertbeständige Anleihe des deutschen Reiches veröffentlicht werden. Die Zeichnung selbst beginnt am 15. August, doch werden Vorausmeldungen bereits jetzt von den deutschen Banken, Banquieren, Sparkassen und sonstigen Gesellschaften entgegengenommen oder an die Zeichnungsstellen weiter gegeben. Das Interesse für die Anleihe ist bereits sehr groß.

Auf einer Tagung in Trebitz lagten die Vertreter der Girozentralen den Reichstag, den angesehene Verbänden und Sparkassen bei der Einrichtung des Golddepotensverkehrs auf der Basis der vom Reich auszugehenden wertbeständigen Anleihe zu empfehlen und für diese neue Geschäftart in den weitesten Umfange Propaganda zu machen. Damit wird auch den kleinsten Sparern Gelegenheit geboten, ihre Ersparnisse wertbeständig anzulegen. Vertriebsmäßig ist aber auch die unmittelbare Beteiligung an der wertbeständigen Anleihe dadurch außerordentlich erleichtert, daß Scheck bis zu einem Dollar herunter geschaffen werden. Die neue Anleihe eignet sich in gleichem Maße zur dauernden Kapitalanlage wie zur vorübergehenden Anlegung von Betriebsmitteln und dergleichen. Für beide Zwecke in erster Reihe wegen seiner Sicherheit, die sie bietet, denn es haftet für die Zinsen und die Kapitalrückzahlung in der Gesamtheit das deutsche Privatvermögen.

In der jetzigen Lage des Reichstages wird sich die Zeichnungserleichterung emächtigen lassen, für den Zinsbedarf der Anleihe zusätzliche Vermögenssteuer zu erheben und für die Rückzahlung des Kapitals, soweit erforderlich, die einzelnen Vermögenssteuerpflichtigen nach dem Verhältnis des steuerbaren Vermögens heranzuziehen. Ein besonderer Vorzug, der der Anleihe eingeräumt ist, besteht darin, daß selbstgeschätzte Güter von der Vermögenssteuer befreit werden. Der Umfange in der Anleihe kann sich ganz formlos vollziehen, da eine Wertminderungssteuer nicht erhoben wird, zudem werden die Banken und Bankiers von der Finanzverwaltung gebeten, Umfänge, soweit sie sich durch Vermittlung vollziehen, mit möglichst niedrigen Provisionssätzen zu belegen. Der Zeichnungspreis ist mit 100 Prozent für ein leistungsbereites wertbeständiges Papier mit Sicherheiten ersten Ranges außerordentlich niedrig. Wer Devisen einsetzt, für den beträgt der Zeichnungspreis sogar nur 95 Prozent.

Die Unterstufungsätze für Renteneinpänger.

Berlin, 9. August. Der Haushaltsausschuß des Reichstages stimmte der von dem sozialpolitischen Ausschuß beschlossenen Erhöhung der Unterstufungsätze für Renteneinpänger der Amaliden- und Angestelltenversicherung zu. Die Unterstufungsätze werden künftig nach Maßgabe der Reichsrentenversicherung und zwar halbjährlich in der Rentenversicherung an dem betreffenden Halbjahre die Regierung hat sich bereit erklärt, den Gemeinden die 20 Prozent dieser Sätze aus eigenen Mitteln anzubringen haben, in weitestem Umfange Zuschüsse zu leisten. Die Gemeinden sollen weiter berechtigt sein, an Stelle von Parzahlungen Sachleistungen zu gewähren. Die Unterstufungsätze für Renteneinpänger sollen in demselben Sinne geregelt werden.

amtlichen Kreise Englands sind immer noch der Meinung, daß auf den deutschen Vorschlag eine Antwort ergehen solle und sie würden es vorziehen, wenn ihre Antwort mit einer solchen der Alliierten vereinigt würde. Infolgeder die Anerkennung erklärt England den Bankrott seiner Politik in der Frage der Ruhrbesetzung. Poincaré hat einen Sieg auf der ganzen Linie erlangen, den er nicht begehrt wird, rücksichtslos auszubringen. Eine andere Frage ist die, ob das jetzige englische Kabinett diese schwere Niederlage überleben will und wie die Labour Party sich nunmehr einstellen wird.

Von dem 10. August. Das Kabinett einigte sich gestern über die an Frankreich und Belgien zu richtende Antwort. Diese wird, wie weiter meldet, in kurzer Frist an Berlin und Brüssel telegraphiert werden.